

Parkplätze bekommen eine Markierung

Gemeinderat Weingarten diskutiert Verkehrsproblematik im alten Teil der Schillerstraße

Weingarten (ml). Um Lösungen für die Parkproblematik im alten Teil der Schillerstraße zwischen Paulus- und Luisenstraße zu finden, hat die Gemeindeverwaltung unter den Anwohnern eine Umfrage gestartet. Vorgelegt wurden vier Alternativen, unter denen sie sich für eine entscheiden sollten. Die Leiterin des Ordnungsamts Ulrike Gaum hat dem Gemeinderat die Möglichkeiten kurz vorgestellt: Entweder versetzte Parkflächen auf beiden Seiten, ein Halteverbot auf gerader Hausnummernseite in Fahrtrichtung Bahnhof, keine Änderung der Situation bis zur Verkehrsraum-Umgestaltung im Rahmen der Sanierung, oder eine Neuaufteilung des Verkehrsraums. 31 Fragebögen waren versandt worden, 23 waren zurückge-

kommen. Zehn Anwohner hatten sich für ein Belassen der Situation ausgesprochen, die übrigen 13 für eine sofortige Veränderung, davon waren neun für eine Neuaufteilung des Verkehrsraums: Die Straße misst insgesamt 8,80 Meter Breite. Auf der Seite mit geraden Hausnummern soll ein 1,30 Meter breiter Gehweg erhalten bleiben, auf der anderen Seite soll der Parkstreifen bis auf 50 Zentimeter an die Häuser heranrücken. Der Parkstreifen wird auf jeder Seite zwei Meter breit. Dann verbleibt in der Mitte eine drei Meter breite Fahrbahn, in der auch Rettungs- und Müllfahrzeuge gut durchfahren können. Das

einfachste sei, sagte Bürgermeister Eric Bänziger, jetzt die Parkflächen einzzeichnen und die bauliche Umgestaltung erst mit der Sanierung vorzunehmen. Auf Gerald Lopps (CDU) Bedenken, ob damit nicht erst recht der „Durchfahrtstourismus“ angekurbelt

Umfrage unter den Anwohnern

werde, sagte er, die Schillerstraße müsse auch eine Durchgangsstraße bleiben. Timo Martin (WBB) vermiss-

te eine Aussage über die Kosten dieser Einzeichnungen und gab zu bedenken, dass auch weitere Straßen unter Parkdruck litten, die Gleichbehandlung fordern könnten. Dazu sagte Bänziger, wenn Parkplätze geschaffen werden,

dann nur in Sanierungsgebieten mit Hilfe von Fördergeldern. Stefan Kleiber (FDP) war gegen das gesamte Vorhaben, denn er sah Geld für ein teures Provisorium ausgegeben, das überdies von der Mehrzahl der Anwohner (zehn zu neun) nicht gewünscht wurde.

Karlernst Hamsen (Grüne) widersprach, solche Markierungen seien nicht so teuer und außerdem seien 50 Zentimeter Gehwegbreite nicht weniger als jetzt vorhanden sei. Wolfgang Wehowsky (SPD) meinte, die Situation werde letztendlich auch mit einer sanierten Straße nicht besser.

Die Abstimmung plädierte mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung für die Einzeichnung von Markierungen als Übergangslösung.